

Parlamentariergruppe ohne Vorsitzenden

Nach Kritik an der Nähe zur Deutschen Bahn kündigt Manfred Oppermann (SPD) die Zusammenarbeit auf

Von Matthias Koch

BREMEN. Nachdem am vergangenen Sonntag mehrere Mitglieder der Parlamentariergruppe Bahn (PGB) im BREMER ANZEIGER deutliche Kritik an der Arbeit und Ausrichtung des Gremiums geäußert hatten, ist nun dessen langjähriger Vorsitzender, Manfred Oppermann (SPD), zurückgetreten.

„Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist mir unter diesen Bedingungen nicht mehr möglich“, begründet Oppermann den Schritt gegenüber dem Bremer Anzeiger. Hintergrund der Auseinandersetzung ist die Rolle der Deutschen Bahn in der Parlamentariergruppe: So hatten mehrere Abgeordnete unter anderem kritisiert, dass sich das Logo des Staatskonzerns in den Schreiben der PGB direkt neben dem offiziellen Briefkopf der Bürgerschaft befand. Auch, dass ein DB-Mitarbeiter die Geschäftsführung für das Gremium erledigt, lege eine Einflussnahme des Konzerns nahe. Zudem gab es Auseinandersetzungen um die Arbeit in der PGB, die sich – so einige Kritiker – mehr mit Getränken, Schnittchen und Ausflugsfahrten als mit Inhalten befasst habe.

Oppermann indes bemängelt nun ein „unkollegiales“ Verhal-



Manfred Oppermann (SPD) ist als Vorstand der PGB zurückgetreten. Den Kritikern des Gremiums wirft er unkollegiales Verhalten vor. Foto: Stoss

ten der Kritiker: „Niemand aus der Runde hat sich im Vorfeld an mich gewandt. Ich erfuhr von den Vorwürfen erst durch einen Anruf des Bremer Anzeigers,“ so der Sozialdemokrat.

Tatsächlich aber ist die Kritik an der Arbeit der PGB nicht neu: Bereits auf der konstituierenden Sitzung des Gremiums bemängelte etwa der grüne Abgeordnete

Ralph Saxe die Verknüpfung von Bürgerschafts- und DB-Logo – und verlangte eine Diskussion darüber. Diese habe daraufhin in einer anschließenden Arbeitssitzung stattgefunden, allerdings mit einem anderen Ergebnis: „Einstimmig wurde dort von den anwesenden PGB-Mitgliedern beschlossen, die Zusammenarbeit mit der Bahn in der bishe-

rigen Form fortzusetzen“, sagt Oppermann. Genau diesen Beschluss habe er umgehend an alle Mitglieder der Gruppe weitergeleitet – und bis zu dem Artikel im Bremer Anzeiger keinen Widerspruch gehört, so Oppermann.

Wenig Verständnis hat er zudem für die Kritik an der Finanzierung der Parlamentarischen Abende zu denen die PGB rund ein bis zwei Mal pro Legislaturperiode einlädt. Bezahlt werden die Treffen von Politik und Entscheidern bislang von der Deutschen Bahn. Für Oppermann kein Problem: „Auch die Handelskammer veranstaltet und finanziert Parlamentarische Abende“, sagt der Sozialdemokrat. Was er dabei allerdings außer acht lässt: Zu den Treffen der Kammer lädt keine Abgeordnetengruppe, sondern die Kammer selbst ein.

Ob und wie die Arbeit der PGB nun nach Oppermanns Rücktritt vom Vorsitz weitergeführt wird, soll in der nächsten Sitzung des Gremiums diskutiert werden. Klar ist indes, dass sich auf den Einladungen zu diesem Treffen kein DB-Logo mehr finden wird, denn auch Bürgerschaftsdirektor Karl-Heinz Hage hatte die Verknüpfung von Privatunternehmen und gewähltem Parlament als „nicht statthaft“ bezeichnet.